

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 27.12.2017

Von Carmela Negrete
29.12.2017

Reaktionärer Staatsumbau

Jahresrückblick 2017. Heute: Spanien. Die Regierung formt das Land immer mehr nach ihrem Bild



Aufmarsch spanischer Faschisten am 12. Oktober in Barcelona

Foto: Ivan Alvarado/REUTERS

Kurz nach dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy verkündete die EU-Kommission Anfang Juli das Ende der Krise. In Brüssel interessiert dabei nicht, dass in Griechenland die Jugendarbeitslosigkeit immer noch 45 Prozent betrug und auch in Spanien rund 39 Prozent der Jugendlichen keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hatten.

Die Erfolgsmeldung machte mitten im Sommer die Runde, also zu einer Zeit, in der die meisten Menschen Urlaub machen. Bei 40 Prozent der Haushalte fiel er in diesem Jahr jedoch aus, sie konnten sich eine Ferienreise nicht leisten. Derweil machten die angeblich guten Wirtschaftsdaten Schlagzeilen: »Hohes Wachstum«, »ökonomische Erholung«, »die viertgrößte Volkswirtschaft im Euroraum erholt sich von der Krise«.

Schon im August stieg die Zahl der Erwerbslosen um weitere 46.400 Menschen. Amtlich galten rund 3,5 Millionen Spanier als erwerbslos. Gezählt werden allerdings nur diejenigen, die aktiv eine Arbeit suchen und im System registriert sind. Stolz verweist Madrid darauf, dass die Arbeitslosenquote insgesamt gesunken sei – und verschweigt, dass die gesamte Erwerbsbevölkerung Spaniens zwischen 2012 und 2017, also innerhalb von fünf Jahren, um rund 760.000 Personen geschrumpft ist.

Hinzu kommt, dass die neuen Beschäftigungsverhältnisse »flüchtig, saisonbedingt, zeitlich befristet und prekär« sind, wie es der Gewerkschaftsverband UGT formulierte. Der Durchschnittsverdienst liegt bei rund 1.600 Euro brutto und damit rund 300 Euro unter dem EU-Durchschnitt. Der monatliche Mindestlohn liegt bei 700 Euro. Damit steht Spanien sozial auf einer Ebene mit Ländern wie Rumänien, Bulgarien oder Griechenland, obwohl die Wirtschaftskraft des Königreichs deutlich größer ist. Auch ein Bericht der OECD zeigte in diesem Jahr auf, dass die soziale Ungleichheit besonders seit 2010 zugenommen hat. Rund 28 Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet – das sind fast 13 Millionen Menschen.

Grassierende Energiearmut

Eine erhebliche Zahl von Bürgern kann selbst für die Stromversorgung nicht mehr aufkommen. 4,7 Millionen leiden unter sogenannter Energiearmut. Haushalte mit Kindern sind am stärksten betroffen: Jeder sechste von ihnen hat nicht genug Geld zur Verfügung, um die Stromrechnung zu bezahlen, die Wohnung zu heizen, zu kochen oder in den heißen Sommermonaten die Klimaanlage anzuschalten. Selbst die von der postfranquistischen Volkspartei PP geführte Regierung konnte dieses Problem nicht länger aussitzen und führte in diesem Jahr eine Reform mit »sozialem Bonus« ein. Sozialverbände kritisieren die Maßnahme jedoch als vollkommen unzureichend, denn sie ermöglicht lediglich eine Minderung der Kosten um 25 Prozent. Die Regierung hat dafür keinen einzigen Cent vorgesehen, sondern will die Kosten auf die Stromanbieter umlegen – die diese dann sicherlich an die Kunden weitergeben werden.

Der Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz kritisierte im Oktober die Berichte über die angeblichen Erfolge der spanischen Ökonomie. Das Bruttoinlandsprodukt allein könne

kein wirklicher Indikator sein. Vielmehr sei es geradezu zynisch, Erfolge zu feiern, während die Erwerbslosigkeit immer noch über 23 Prozent liege. »Und sie wäre noch höher, wenn nicht so viele talentierte Menschen das Land verlassen hätten«, so der Wirtschaftsnobelpreisträger. Nach seiner Ansicht wird Spanien noch eine Dekade brauchen, »um wieder eine normale Wirtschaft zu werden«.

Was Stiglitz unter einer »normalen Wirtschaft« in einem imperialistischen und kapitalistischen System versteht, sagte er nicht. Gerade dieses hat vor wie nach Beginn der Krise die Lage insbesondere in Afrika immer weiter verschärft und Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. An der Südgrenze Europas, die von den beiden spanischen Nordafrikaexklaven Ceuta und Melilla gebildet wird, hat sich die Situation im zu Ende gehenden Jahr weiter verschlimmert – obwohl dies den meisten deutschen Medien kaum eine Meldung wert ist. Im November informierte das Innenministerium, dass seit Jahresbeginn 18.500 Flüchtlinge in Schlauchbooten die spanische Küste erreicht haben, was nahezu einer Verdoppelung der Zahl gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insgesamt dürfte es sich um die zweit- oder dritthöchste Zahl an Flüchtlingen in den letzten zwei Jahrzehnten handeln. Die Versorgung der Schutzsuchenden in Spanien ist nach wie vor sehr mangelhaft. Hunderte unbegleitete Minderjährige sollen nach Angaben von Hilfsorganisationen in Melilla und Ceuta auf der Straße leben.

Ende des Jahres entschied die spanische Regierung zudem, 460 Flüchtlinge in einem Gefängnis in Archidona bei Malaga zu internieren. Dagegen klagte die Gewerkschaft der Vollzugsbeamten, ACAIP, da es sich bei dieser Maßnahme um eine illegale Inhaftierung handle. Madrid verteidigte die Entscheidung mit dem Hinweis auf einen »Kollaps« des Aufnahmesystems. Trotz anhaltender Proteste und Kundgebungen innerhalb und außerhalb der Haftanstalt wurden die ersten Betroffenen bereits in das Gefängnis gebracht. Unter ihnen befinden sich nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Malaga Acoge (Malaga nimmt auf) mindestens zwei Minderjährige.

Wer sich gegen solche Zustände wehrt, muss in Spanien mit immer schärferer Repression rechnen. Seit 2015 wurden mehr als 280.000 Strafanzeigen wegen Verstößen gegen das sogenannte Maulkorbgesetz erstattet. Das Innenministerium kassierte rund 131 Millionen Euro als Geldstrafen. Zur Kasse gebeten wurden Aktivisten, die zum Beispiel eine Zwangsräumung verhinderten, in der Nähe von Parlament oder Senat »die öffentliche Ordnung stören« wollten, auf ein Denkmal kletterten oder »in der Öffentlichkeit Drogen konsumiert« haben. Immer mehr Strafen werden auch wegen »Respektlosigkeit gegenüber den Autoritäten« verhängt. Damit spült die Repression inzwischen fast eine ebenso hohe

Summe in die Staatskasse wie die Bußgelder, die wegen überhöhter Geschwindigkeit verhängt werden.

Unaufgearbeitete Diktatur

Die PP sieht sich also auf einem erfolgreichen Weg – und das, obwohl die Regierungspartei nach wie vor durch Korruptionsskandale erschüttert wird. Regierungschef Rajoy musste sich in diesem Jahr als erster amtierender Ministerpräsident in der Geschichte Spaniens vor Gericht verantworten und zu Bestechungsaffären seiner Partei aussagen. Angesichts solcher Skandale, der politischen Krise um die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien und die nach wie vor fehlende Aufarbeitung des bis Ende der 70er Jahre herrschenden Franquismus haben manche Kommentatoren zu dem Schluss verleitet, dass das in Spanien herrschende System sein Ende erreicht habe und es grundlegende Veränderungen geben werde. Angesichts einer immer schwächeren Linken scheint dieser notwendige Wandel jedoch eher in eine rechte, reaktionäre Richtung zu tendieren – auch weil die Krise um Katalonien den schlimmsten spanischen Nationalismus wiederbelebt hat. Fahnen der Monarchie hängen seit Monaten in vielen Städten aus den Fenstern und von den Balkonen.

Vor diesem Hintergrund antworten viele Spanier inzwischen auf die Frage, warum es in dem Land keine Phänomene wie den Front National in Frankreich oder die AfD in Deutschland gebe, dass diese nicht nötig seien – Spanien werde ja bereits von einer solchen Kraft regiert. Die PP hat sich bis heute nie von der Franco-Diktatur distanziert. Ihr soziales Programm heißt Kürzungen und Repression. Die Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten werden mit einem »Zaun der Schande« an der Grenze zwischen Ceuta und Melilla und Marokko sowie durch Internierungszentren missachtet.